



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Frau Maida

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: Kerstin.Maida@stadt-koeln.de

Datum: 19.02.2020

Niederschrift

über die **41. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, 28.01.2020, 15:36 Uhr bis 20:25 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Frau Karin Reinhardt	CDU
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Herr Peter Sörries	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herrn Gerhard Brust	GRÜNE
---------------------	-------

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Klaus Piehler	
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	auf Vorschlag der SPD
Frau Anke Brunn	auf Vorschlag der SPD
Herr Jérôme Lenzen	auf Vorschlag der SPD
Herr Manfred Post	auf Vorschlag der SPD
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	auf Vorschlag der CDU
Frau Maria Spering	auf Vorschlag der Grünen

Frau Friederike van Duiven	auf Vorschlag der Grünen
Herr Sebastian Tautkus	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Lorenz Deutsch	auf Vorschlag der FDP
Frau Nele Werrmann	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT
Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Herr Dr. Alexander Kierdorf	Für die Denkmalpflege sachverständiger Bürger
Herr Dr. Ulrich Krings	Für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Herr Turan Özkücük	TSD
Frau Ute Palm	Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Joachim Saurenbach	Rheinfetisch e.V.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Amila Radoch-Hamzic	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Barbara Foerster	Kulturamt
Herr Michael Troost	Referat für Museumsangelegenheiten
Frau Dr. Hannelore Vogt	Stadtbibliothek
Frau Stephanie Brans	Gebäudewirtschaft

Schriftführerin

Frau Kerstin Maida	Dezernat Kunst und Kultur
--------------------	---------------------------

Gäste

Herr Christian Boros	Agentur Boros
Frau Silvia Ehnis	Jour Fixe Tanz
Frau Diana Treder	Freischaffende Tänzerin

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Horst Thelen	GRÜNE vertreten durch Herrn Gerhard Brust

Beratende Mitglieder

Herr Mario Michalak	auf Vorschlag der Grünen
Frau Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	auf Vorschlag der CDU

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Ahmet Altinova	auf Vorschlag des Integrationsrat

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Dr. Bürgermeister**, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Sie bittet Frau Laugwitz-Aulbach die Änderungen der Tagesordnung vorzutragen.

Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass folgende Tischvorlagen vorliegen:

- TOP 3.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag der Fraktion Die Linke „Ein KölnTag im Monat ist nicht genug“
- Zurückgezogen wurde
- TOP 3.2 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Ratsgruppe GUT: NSDOK: Gebühren für Schülerinnen und Schüler abschaffen
- TOP 4.3.1 Änderungsantrag der CDU Fraktion sowie Bündnis 90 / Die Grünen zu Top 4.3: Konzept zum Wettbewerb zur Sichtbarmachung von Heinrich Böll und Karl Marx im Stadtbild
- TOP 4.9 Beschlussvorlage : Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Jahr 2020, hier: Maßnahmen der Stadtbibliothek
- TOP 4.10 Beschlussvorlage: Betriebskostenzuschlag für den Verein 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.
- TOP 5.1 Beschlussvorlage Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2020; heute werden zwei wichtige und zeitnahe Sonderausstellungen zum Beschluss vorgelegt. Die Gesamtvorlage kommt im März.
- TOP 8.7 Mitteilung Gemeinsame Baumaßnahme in der Philharmonie und im Museum Ludwig

hier: Sachstand zur Erneuerung der Deckenaufbauten und Sanierung Küchenbereich im Museum Ludwig

- TOP 9.2 Mitteilung Sachstandsbericht Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv, Stand 16.01.2020
- TOP 9.3 Mitteilung Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek Köln, Stand: 23.01.2020
- TOP 10.6 Beantwortung einer Nachfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu TOP 8.1 - Berichtswesen - aus der Sitzung des KuK am 26.11.2019; hier: Kulturförderung und Verwaltungsreformprojekt / Reformprogramm
- TOP 11.1 Schriftl. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ökologische Zukunftsfähigkeit von Kunst - und Kulturproduktionen, -stätten in Köln
- TOP 18.3 n.ö. KAT 18 (Informationen im Nachgang zur Sitzung des Hauptausschusses)

In der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen am Vortag gab es Rückfragen zur Vorlage 3284/2019 – Errichtung der MAKK Förderstiftung. Die schriftlichen Antworten von Frau Dr. Hesse liegen formlos am Tisch vor.

Frau Laugwitz-Aulbach bittet den Ausschuss, Herrn Christian Boros von der Agentur Boros das Rederecht zu erteilen. Er wird zu Beginn der Sitzung die aktuelle Kulturmarketing-Kampagne vorstellen.

Zum Tagesordnungspunkt 2.1. „Darstellung der Sparten“, bittet sie, den Vortragenden Frau Silvia Ehnis und Frau Diana Treder das Rederecht zu erteilen.

Herr Professor Schäfer erläutert, warum der Antrag unter TOP 3.2. zurückgezogen wurde. Es handelt sich um eine haushaltsrelevante Vorlage und muss daher noch in einer Fraktionssitzung besprochen werden. Grundsätzlich wird jedoch ein gemeinsamer Antrag zur nächsten Sitzung angestrebt.

Frau Stahlhofen weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 10.1. in der Diskussion im Hauptausschuss in den nicht öffentlichen Sitzungsteil verwiesen wurde.

Frau von Bülow schlägt vor, diesen TOP zusammen mit 18.3. im nicht öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 10.1. und 18.3. werden zusammengefasst und im nicht öffentlichen Sitzungsteil behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Frau Brunn hinterfragt, warum die ursprünglich als TOP 4.6.geplante Vorlage zur Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln zurückgestellt wurde und wann diese behandelt wird.

Frau Laugwitz-Aulbach informiert, dass die Vorlage den nächsten Gremienlauf erreichen wird mit dem Vorschlag, rückwirkend zum 01.01.2020 zu beschließen.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung der Kulturmarketing-Kampagne durch Herrn Christian Boros /
Agentur Boros

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss
hier: Tanz
0127/2020

3 Schriftliche Anträge

3.1 Antrag der Fraktion Die Linke: Ein KölnTag im Monat ist nicht genug
AN/1742/2019

3.1.1 Antrag Die Linke „ Ein KölnTag im Monat ist nicht genug „
AN/0185/2020

3.2 zurückgezogen: Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die
Linke und Ratsgruppe GUT: NSDOK: Gebühren für Schülerinnen und Schüler
abschaffen
AN/0179/2020

4 Allgemeine Vorlagen

4.1 Errichtung der "MAKK-Förderstiftung"
3284/2019

4.2 MINT-Angebote in der Stadtbibliothek Köln
4418/2019

4.3 Konzept zum Wettbewerb zur Sichtbarmachung von Heinrich Böll und Karl
Marx im Stadtbild
0022/2020

4.3.1 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zu Top
4.3: Konzept zum Wettbewerb zur Sichtbarmachung von Heinrich Böll und
Karl Marx im Stadtbild
AN/0186/2020

4.4 Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek
4285/2019

- 4.5 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2020 - 2024
4381/2019
- 4.6 zurückgestellt: Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln
- 4.7 Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Figurentheaterfestival am Händchen-Theater im Jahr 2020
4299/2019
- 4.8 Entwicklung und Renovierung Volkhovener Weg 209 - 211 als Atelierstandort
4387/2019
- 4.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Jahr 2020, hier: Maßnahmen der Stadtbibliothek
0012/2020
- 4.10 Betriebskostenzuschlag für den Verein 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.
0256/2020

5 Sonderausstellungen

- 5.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2020
0172/2020

6 Annahme von Schenkungen

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8 Mitteilungen der Verwaltung

- 8.1 Vervollständigung des einzigartigen Zyklus spätmittelalterlicher Gerechtigkeitsbilder des Rathauses durch den Ankauf des Gerechtigkeitsbilds „Das Schießen auf den toten Vater“ für das Kölnische Stadtmuseum
3344/2019
- 8.2 Vandalismusereignisse auf der Baustelle Eifelwall, Neubau Historisches Archiv und Rheinisches Bildarchiv
4179/2019
- 8.3 Umsetzungsstand des Projektes Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe
4200/2019

8.4 Energetische Gebäudeanalyse für das Museum für Ostasiatische Kunst (MOK)
4247/2019

8.5 Stadtbibliothek Köln Bericht 2019/2020
4385/2019

8.6 Vertragsabschluss zwischen der Stadt Köln und dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) zum Nutzungsvertrag MiQua
0224/2020

8.7 Gemeinsame Baumaßnahme in der Philharmonie und im Museum Ludwig hier: Sachstand zur Erneuerung der Deckenaufbauten und Sanierung Küchenbereich im Museum Ludwig
0259/2020

9 Kulturbauten

9.1 Sachbestandsbericht zum Projekt Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln (MiQua) - Stand 09.01.2020
0058/2020

9.2 Sachstandsbericht Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv, Stand 16.01.2020
0197/2020

9.3 Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek Köln - Stand: 23.01.2020
0247/2020

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

10.1 Zusammen mit 18.3. im n.ö.T.: Rückfrage zur Beantwortung der Anfrage (2978/2019) von Herrn RM Zimmermann (Ratsgruppe GUT) aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.09.2019 betr: „Kartäuserwall 18 erhalten“ (AN/1058/2019)
3445/2019

10.2 Mündliche Anfrage von Frau von Bülow im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019 - zu 2184/2019, hier: Sachstandsbericht zur Sanierung Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst
4438/2019

10.3 Mündliche Anfrage von Frau von Bülow im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019 zu 2184/2019, hier: Sachstandsbericht zum Nutzungskonzept Hallen Kalk, Hallen 76 und 77
4440/2019

- 10.4 Mündliche Anfrage von Frau von Bülow im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019 zu 2184/2019, hier: Sachstandsbericht zur Sanierung Overstolzsaal im Museum für Angewandte Kunst
4437/2019
- 10.5 Beantwortung der schriftlichen Anfrage AN/1572/2019 der SPD Fraktion im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019: Inklusion in der Kultur stärker in den Fokus nehmen
0043/2020
- 10.6 Beantwortung einer Nachfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (Frau von Bülow) zu TOP 8.1 - Berichtswesen - aus der Sitzung des KuK am 26.11.2019; hier: Kulturförderung und Verwaltungsreformprojekt / Reformprogramm
0157/2020

11 Schriftliche Anfragen

- 11.1 Schriftl. Anfrage der Fraktion Die Linke: Ökologische Zukunftsfähigkeit von Kunst - und Kulturproduktionen, -stätten in Köln
AN/0184/2020

12 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

14 Schwerpunktthemen

15 Schriftliche Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

- 16.1 Prüfbericht Jahresrechnungen 2013 - 2017 der Kunststiftung im Museum Ludwig Köln
2488/2019

17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18 Mitteilungen der Verwaltung

- 18.1 Gerichtliche Auseinandersetzung mit der Arge KAN "Kulturzentrum am Neumarkt" - Sachstandsbericht
3741/2019

18.2 Kunststiftung im Museum Ludwig, Köln
4245/2019

18.3 & 10.1 KAT 18
0272/2020

19 Schriftliche Anfragen

20 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung der Kulturmarketing-Kampagne der Stadt Köln durch Herrn Christian Boros / Agentur Boros

Frau Laugwitz-Aulbach stellt Herrn Boros vor. Sie ist froh, dass das Thema Kulturmarketing als Leitprojekt des Dezernates für Kunst und Kultur positioniert werden konnte. Sie bedankt sich beim Ausschuss explizit für die dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Die Vergabe erfolgte über eine Jury an die Agentur Boros. Im Februar 2019 fand ein erster großer Workshop mit den Kulturinstitutionen und den Ratsfraktionen statt und die Eckparameter wurden erarbeitet. Frau Oberbürgermeisterin Reker und Herr Boros haben im Herbst 2019 die Kulturmarketing-Kampagne der Presse vorgestellt – mit sehr gutem Medienecho. Herr Christian Boros präsentiert Konzeption und die aktuell erlebbare Umsetzung der Kampagne im Kulturausschuss – Frau Reker wird die Kampagne auf der Internationalen Tourismus-Börse im März national präsentieren.

Sie stellt Herrn Gunnar Reichard vor, der ab 01.02.2020 als Manager Kulturmarketing die daran anknüpfenden Aufgaben für das Dezernat und die Stadt Köln wahrnehmen wird.

Herr Christian Boros präsentiert die Kampagne „Kultur lebt in Köln.“ und unterstreicht, welche große und spannende Aufgabe seine Agentur übernommen hat. Galt es doch, nicht mit einem Auftraggeber zu sprechen, sondern eine Vielzahl an Akteuren zu hören, deren gemeinsamer Konsens es war, sich zum Kulturstandort Köln zu bekennen.

Unter der Adresse www.kultur.koeln sollen künftig ALLE Kulturangebote der Stadt gebündelt werden – unabhängig von den Einzelwebsites der jeweiligen Häuser. Köln-Touristen sollen so die Möglichkeit bekommen, auf einer Online-Präsenz mehrere kulturelle Optionen für einen Reisezeitraum zu finden und sich nicht durch eine Vielzahl von Angeboten zu arbeiten.

Frau Laugwitz-Aulbach kündigt eine fortschreibende Unterrichtung des Ausschusses an. Über die Entwicklung der Website ebenso wie auch zu Rückmeldungen und Echos wie beispielsweise von der ITB.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Tanz 0127/2020

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Frau Brunn ist irritiert über die Kritik an den Bühnen Köln. Der Bericht suggeriert Unzufriedenheit, dass die Besetzung des Tanzensembles der Bühnen von der dortigen Leitung ausgewählt wird.

Herr Dr. Elster erwähnt die grundsätzlich sehr positive Entwicklung der freien Tanzszene über die Stadtgrenze hinaus. Die Entwicklung der budgetären Mittel ist hervorzuheben. Der Tanz muss aber auch bei künftigen Haushaltsberatungen Schwerpunktthema bleiben. Die Kritik am Ballet of Difference erachtet auch Dr. Elster als unangebracht. Die Sparte des Schauspiels und die Freie Tanzszene stehen nicht in Konkurrenz sondern bereichern beide das kulturelle Angebot der Stadt auf hohem Niveau.

Frau von Bülow: Laut Kulturamt beträgt das Budget für den Tanz 792 t€ - gemeint sind die Fördermittel des Kulturamtes. Hinzu kommen jedoch auch Mittel der Oper, die in die dortigen Tanzproduktionen fließen. Würden diese im Bericht mit erwähnt, käme die Bedeutung des Tanzes für die Stadt noch klarer zum Ausdruck.

Frau Stahlhofen würdigt den Tanz als Garant für ein volles Haus und bittet dies insbesondere auch bei den künftigen Marketingstrategien mit zu berücksichtigen und den Tanz dort entsprechend hervorzuheben.

Herr Deutsch fragt die Verwaltung nach dem Status des angekündigten Tanzförderkonzeptes.

Frau Ehnis führt aus, dass trotz Eraterhöhungen die Honorare für die Tänzerinnen und Tänzer noch immer auf sehr niedrigem Niveau sind.

Herr Professor Schäfer erwähnt noch einmal die wichtige Rolle des Ballet of Difference innerhalb der Oper. Die Freie Szene steht nicht in Konkurrenz. Künftig muss Köln beim TanzPakt wieder beteiligt sein – der Verlust dieser Fördermittel trifft die Sparte hart. Die strukturellen Probleme müssen beseitigt werden.

Die Frage, welche Marketingstrategien die Stadt hat, möchte Professor Schäfer zurückspielen und fordert hier zur Eigeninitiative und Ideenentwicklung auf.

Herr Sörries möchte wissen, ob es bereits Kontakt zwischen IG Profitraining und den Bühnen gegeben hat.

Frau Ehnis antwortet, dass trotz des Misserfolgs beim TanzPakt die begonnenen Gespräche weitergehen und sich gut entwickeln.

In Sachen Profitraining gibt es Kontakt, die richtigen Ansprechpartner sind bekannt. Die Problematik ist die Vereinbarkeit von Profitraining und der Vorbereitung der einzelnen Produktionen an den Bühnen. Die Produktionen sind nicht kontinuierlich. Aktuell findet kein tägliches Profitraining statt.

Frau Foerster ergänzt zum Thema Förderkonzept, dass das Einbringen der Beschlussvorlage hierzu noch vor der Sommerpause geplant ist.

3 Schriftliche Anträge

3.1 Antrag der Fraktion Die Linke: Ein KölnTag im Monat ist nicht genug AN/1742/2019

Beschluss:

Wir bitten den Ausschuss wie folgt zu beschließen:

- 1. Die Verwaltung erstellt durch gezielte Gespräche mit den Museumsdirektorinnen und ihren Stellvertreterinnen ein Meinungsbild zu:**
 - a. freiem Eintritt nur in die Dauerausstellungen**

- b. eine Erweiterung des KölnTags auch auf Nichtkölnnerinnen
- c. eine Erweiterung des KölnTags auf alle Donnerstage
- d. generellem freien Eintritt in die Museen in Dauer- und Sonderausstellungen.

und stellt dieses dem Ausschuss noch vor der Sommerpause 2020 vor.

2. Die Verwaltung

- a. identifiziert „Welttage“ und „Internationale Tage“ der UN, der UNESCO und anderer Organisationen, sowie lokale Tage, an denen es einen zusätzlichen eintrittsfreien Tag in die Museen geben könnte
- b. identifiziert „Welttage“ und „Internationale Tage“ der UN, der UNESCO und anderer Organisationen, sowie lokale Tage, an denen bestimmte Personengruppen eintrittsfrei in die Museen gehen dürfen. Beispiel: Am 08. März, dem Weltfrauentag hätten alle Frauen freien Eintritt.
- c. bittet die Museen darum, für sie selbst bedeutende Anlässe, wie (runde) Geburts- und Sterbetage der Stifterinnen oder Jubiläen von Künstlern für kostenfreie Eintrittstage, oder auch Eröffnungen der Sonderausstellungen, zu benennen.
- d. erstellt für die Politik eine Beschlussvorlage, in welcher die oben genannten Tage als zusätzliche eintrittsfreien Tage gelistet sind und die Gegenfinanzierung dargestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP.

3.1.1 Antrag Die Linke „ Ein KölnTag im Monat ist nicht genug „ AN/0185/2020

Frau Stahlhofen – Der Antrag der Fraktion Die Linke zielt darauf ab, als ersten Schritt im Sinne des Kulturentwicklungsplanes den Donnerstag grundsätzlich zum Tag des freien Eintritts in alle Museen zu erklären. Es handelt sich um einen Prüfauftrag, der das aktuelle Meinungsbild erfassen soll. Den Gegenantrag kritisiert sie als a) zu spät eingegangen und b) in der Thematik nicht nah genug am Ursprungsantrag. Dennoch goutiert sie ihn, da er ebenso die Flexibilisierung der Öffnungszeiten thematisiert wie die Prüfung des generell freien Eintritts in die Sammlungen – ohne Sonderausstellungen. Gern würde sie die Punkte des Änderungsantrags in den eigentlichen Antrag übernehmen.

Frau von Bülow erläutert, dass der Ursprungsantrag mit dem Tenor eines Prüfauftrags nicht weit genug geht. Der Änderungsantrag soll spezifizieren und den Auftrag an die Verwaltung konkreter benennen.

Herr Dr. Elster – Der Antrag der Linken enthält haushaltrelevante Fragestellungen, über die außerhalb der haushaltrechtlichen Beratungen nicht beschlossen werden kann.

Herr Professor Schäfer: Die Fraktion der SPD unterstützt den Antrag der Fraktion Die Linke.

Herr Deutsch merkt an, dass dies keine Kölner Debatte sei. Die Erkenntnisse anderer Städte lassen sich heranziehen – Freier Eintritt führt in der Anfangsphase zu einem stark erhöhten Besucheraufkommen. Dieses normalisiert sich nach 12 – 18 Monaten auf ein leicht erhöhtes Niveau und spiegelt Mehrfachbesuche von etablierten Museumsgängern wieder. Es werden in der Regel keine neuen Besuchergruppen generiert.

Auf der anderen Seite bleiben die Einnahmeverluste, die den öffentlichen Haushalt belasten.

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt ersetzt:

1. In der Beantwortung unserer Anfrage zu den Museumseintritten (Vorlage 3021/2019) bleiben einige Fakten offen. Daher möge die Verwaltung prüfen, welche finanziellen Auswirkungen eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten hätten.
2. Die Verwaltung möge prüfen, welche finanziellen Auswirkungen ein freier Eintritt in die ständigen Sammlungen (ohne Sonderausstellungen) nach sich ziehen würde.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen die Stimmen von SPD und Die Linke.

3.2 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und Ratsgruppe GUT: NSDOK: Gebühren für Schülerinnen und Schüler abschaffen AN/0179/2020

Der Antrag wurde vor Sitzungsbeginn von den Antragstellern zurückgezogen.

4 Allgemeine Vorlagen

4.1 Errichtung der "MAKK-Förderstiftung" 3284/2019

In der am Vortag stattgefundenen Sitzung des AVR hatte es einige Rückfragen zur Vorlage gegeben, die **Frau Dr. Hesse**, Direktorin des MAKK, zur heutigen Sitzung des KUK formlos schriftlich beantwortet hat. Insbesondere ging es um eine Gegenüberstellung und Aufzeigen der Unterschiede der Satzungen der Kunststiftung Ludwig und der MAKK Förderstiftung.

Für die MAKK Förderstiftung ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Overstolzengesellschaft angestrebt – dem bereits bestehenden Förderverein.

Die neue Stiftung soll ein Werkzeug sein, um Sammlungen und Gelder ins Haus zu holen. Die Struktur soll bewusst schlank sein – daher sind nur zwei Organe, Vorstand und Kuratorium, vorgesehen. Auf eine Geschäftsführung wird vorerst verzichtet. Bei Bedarf kann diese per Kuratoriumssitzung benannt werden.

Vorstandstandsmitglieder sollen Museumsdirektorin / -direktor sowie der jeweils amtierende Vorstandsvorsitzende der Overstolzengesellschaft sein.

Ziel ist es, im Gleichklang mit der Overstolzengesellschaft Sammlungen und Sammler ans Haus zu binden und keine Konkurrenz zu fördern.

Herr Dr. Elster: Die Fraktion der CDU befürwortet die Errichtung der Stiftung. Er hinterfragt, warum es keinen dreiköpfigen Vorstand geben soll – mit der Dezernentin / dem Dezernenten für Kunst und Kultur. Die Vermittlerrolle zur Stadt hin wäre von Vorteil.

Als Anmerkung aus dem Arbeitskreis möchte er darum bitten, dass bei Bewertungen von Zustiftungen unabhängige Gutachter beauftragt werden. Er verweist auf den diesbezüglichen Diskussionsprozess zwischen Museum Ludwig und Rechnungsprüfungsamt.

Er bittet, ohne Votum zu schieben, um die aktuellen Informationen noch in den Fraktionen besprechen zu können.

Professor Schäfer ist beeindruckt von der Großzügigkeit der Familie Reininghaus.

Er hinterfragt, warum die Verwaltung in der Stiftungssatzung auf das Kuratorium reduziert ist und die Oberbürgermeisterin automatisch den Vorsitz des Kuratoriums einnehmen soll und die Politik dort nur nachgeordnet mitspricht. Die Verwaltung, konkret das Kulturdezernat, muss im Vorstand - im operativen Geschäft - vertreten sein.

Frau von Bülow findet es problematisch, wenn die neu zu gründende Stiftung organisatorisch zu eng mit der bestehenden Förderstiftung, verknüpft wird, hier mit der Overstolzengesellschaft. Akquirierte Geldmittel können so nicht eindeutig Museum oder Stiftung zugeordnet werden. Sie möchte wissen, warum die Satzung nicht in Anlehnung und weitestgehend gleich zu jener der Stiftung des Museum Ludwig aufgesetzt werden kann. Außerdem bittet sie um Offenlegung der Auflagen der Stifter.

Die Option, vier weitere Mitglieder in das Kuratorium berufen zu *können* – andererseits sind diese bereits namentlich benannt – irritiert.

Frau Dr. Hesse antwortet, dass die Einrichtung der Stiftung an sich die einzige Auflage des Stifters ist. Darüber hinaus gibt es keine weiteren Forderungen und auch keine Einflussnahme. Die vier weiteren Mitglieder sind aus Gründen der Partizipation angedacht. Sie wären erstmal drei Jahre im Amt. Das Kuratorium kann dann entscheiden, wie man damit weiter verfährt.

Herr Professor Schäfer benennt noch einmal den Widerspruch des „kann“ bzgl. der vier weiteren Mitglieder und der namentlichen Benennung in der Anlage „Sitzungsgeschäft“.

Herr Dr. Elster findet die Altersgrenze von 75 Jahre für die Kuratoriumsmitglieder strittig.

Herr Professor Schäfer weist gleichwohl auf den Passus zu Geistesschwäche und Demenz hin. Beides sollte man aus der Satzung nehmen.

Herr Professor Bögner: Bei der Einrichtung von Stiftungen ist darauf zu achten, dass Stiftungsgeschäft und auch Satzung praktikabel sind. Nachträgliches Ändern ist sehr kompliziert. Die Altersgrenze kann man auch über die Anzahl der Wahlperioden steuern.

Die Vorsitzende **Frau Dr. Bürgermeister** dankt noch einmal explizit dem Stifter. Sie bittet um Übermittlung der wichtigsten Punkte der Diskussion an die nachfolgenden Gremien, so dass im Rat ein fundierter Beschluss gefasst werden kann.

Zur Beratung in den Folgegremien sollen folgende Punkte in der Stiftungssatzung überarbeitet werden:

1. Der Vorstand besteht aus zwei Personen. Dies sind die/der Direktorin/Direktor des Museums für Angewandte Kunst Köln und die/der amtierende Kulturdezernentin/Kulturdezernent.
2. Die Zusammensetzung des Kuratoriums wird überarbeitet – dann ohne Kulturdezernat.
3. Es sollen keine 4 zusätzlichen Personen dem Kuratorium angehören.
4. Die Satzung soll inhaltlich ähnlich den Regelungen der Satzung der Kunststiftung im Museum Ludwig formuliert werden.
5. Die in §11 Absatz 4 der Stiftungssatzung festgesetzte Altersgrenze von 75 Jahren entfällt.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum, jedoch mit Auftrag an die Verwaltung, die Satzung entsprechend der oben stehenden fünf Punkte zu überarbeiten, in die nachfolgende Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 MINT-Angebote in der Stadtbibliothek Köln 4418/2019

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die in dieser Vorlage dargestellte Erweiterung und Evaluation der MINT-Angebote bei der Stadtbibliothek Köln.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der für die Erweiterung und Evaluation der MINT-Angebote bei der Stadtbibliothek Köln in den Jahren 2020 und 2021 vorgesehenen Mittel aus der Kulturförderabgabe.

Über eine Fortführung und die damit verbundene Weiterfinanzierung wird nach einem Erfahrungsbericht in einer separaten Vorlage entschieden.

Abstimmungsergebnis zu 1.:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Konzept zum Wettbewerb zur Sichtbarmachung von Heinrich Böll und Karl Marx im Stadtbild 0022/2020

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt das Konzept zum Wettbewerb zur Sichtbarmachung von Heinrich Böll und Karl Marx im Stadtbild (Anlage 1) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Wettbewerbsverfahrens.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

4.3.1 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zu Top 4.3: Konzept zum Wettbewerb zur Sichtbarmachung von Heinrich Böll und Karl Marx im Stadtbild AN/0186/2020

Frau von Bülow begründet den Änderungsantrag. Die Antragsteller sind nicht einverstanden mit der Idee der Verwaltung, für beide Künstler ein gemeinsames, übergeordnetes Konzept zu entwickeln. Die Option, ein Gesamtkonzept zu entwickeln für wichtige Kölner Personen und Orte kann man aufgreifen. Weiterhin sollten jedoch für Marx und Böll einzelne Vorlagen erstellt werden bzw. einzelne Wettbewerbe stattfinden. Eine rein digitale Lösung per App ist nicht ausreichend. Sie weist auf die Video-Walks des WDR hin, die zum 100. Geburtstag von Heinrich Böll bereits entwickelt wurden.

Frau Brunn würdigt die Vertiefung der Vorlage zur vorigen Version. Jedoch können Apps nicht die alleinige Antwort sein, wenn die Zielsetzung ist, Persönlichkeiten im Stadtbild sichtbar zu machen. Eine physische Komponente ist ebenso nötig. Sie schlägt vor, bei der Entwicklung des übergeordneten Konzeptes auch die Kompetenzen der Stadt – zum Beispiel des Kölnischen Stadtmuseums – zu nutzen. Die sichtbar gemachten Orte wären quasi eine Ergänzung der Ausstellung des Stadtmuseums. Ebenso wäre es ratsam, Kompetenz der Stadtplaner / -gestalter mit einfließen zu lassen. Ihre Anmerkungen möchte sie als kritischen Diskurs mit der Vorlage zu deren Weiterentwicklung verstanden wissen.

Punkt 1 des Gegenantrags mit der Entwicklung eines übergeordneten Konzeptes findet ihre Zustimmung.

Den zweiten Teil hinterfragt sie. Ein rein künstlerischer Wettbewerb habe seine Grenzen und würde damit auch die Ratsentscheidungen nicht ausreichend umsetzen. Hierfür sollte unbedingt auch inhaltlich kultureller Sachverstand hinzugezogen werden – für den Umgang mit konkret diesen beiden Personen: Marx und Böll.

Frau Stahlhofen findet Punkt 2 zu kurz gegriffen. Ein künstlerischer Wettbewerb ist zu eng gefasst. Rein digital sei zu wenig – aber wichtig.

Herr Dr. Elster antwortet, dass Punkt 2 eine Ausweitung des Wettbewerbs über das Digitale hinaus beinhaltet.

Frau von Bülow erläutert noch einmal, dass Punkt 1 auf ein langfristiges Konzept abzielt, wie die Kölner Historie abgebildet werden kann - mit Orten und Persönlichkeiten. Punkt 2 bezieht sich auf die Aufträge des Rates.

Zur Finanzierung der Wettbewerbe möchte sie wissen, ob dafür nicht bereits Geld eingestellt war?

Herr Professor Schäfer wirft ein, eine App könne nur ein Vorschlag sein. Das Konzept ist ein Ansatz.

Er kritisiert deutlich, die lange Verfahrensdauer der Umsetzung der Ratsbeschlüsse.

Sein Vorschlag: Punkt 2 des Änderungsantrags wird zu Punkt 1 und wird ergänzt um den Passus „über den Vorschlag der Verwaltung hinaus“. Punkt 1 wird zu 2. – Marx und Böll haben Vorrang. Ein übergeordnetes Konzept ist nachrangig zu entwickeln.

Herr Lenzen merkt an, dass Apps gar nicht ohne physische Bezugspunkte auskommen. Es gibt immer eine Verbindung zwischen dem digitalen und dem physischen Raum. Dabei kann das digitale Angebot genutzt werden – die sichtbaren Orte müssen aber auch ohne mobile Endgeräte „funktionieren“.

Herr Dr. Elster möchte den Antrag genau so verstanden wissen. Digitalisierung soll natürlich eine Rolle spielen – in Anbindung an Orte mit dinglichen Erinnerungstücken.

Frau Dr. Bürgermeister formuliert den Beschluss des Änderungsantrag entsprechend der Diskussion um und lässt darüber abstimmen.

Geänderter Beschluss:

1. In Umsetzung der Ratsbeschlüsse ist für die Sichtbarmachung von Böll einerseits und Marx andererseits ein – über den Vorschlag der Verwaltung hinausgehender -- ergebnisoffener künstlerischer Wettbewerb auszuschreiben. Eine Reduzierung auf eine Lösung im Bereich der Digitalisierung genügt nicht dem Anspruch des Ratsbeschlusses
2. Die Verwaltung möge ein Verfahren entwickeln, wie insgesamt ein übergeordnetes Konzept zur Sichtbarmachung historisch wichtiger Kölner Persönlichkeiten und Orte aussehen kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek 4285/2019

Beschluss:

1. Der Kulturausschuss beschließt die in dieser Vorlage skizzierte Umsetzung der Sonntagsöffnung in der Stadtbibliothek für die Jahre 2020 und 2021.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der für die Sonntagsöffnung in den Jahren 2020 und 2021 vorgesehenen Mittel aus der Kulturförderabgabe.

Über eine Fortführung und die damit verbundene Weiterfinanzierung wird nach einem Erfahrungsbericht in einer separaten Vorlage entschieden.

Abstimmungsergebnis zu 1.:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2020 - 2024 4381/2019

Frau van Duiven weist auf den Atelier- und grundsätzlichen Raumnotstand hin. Die Nutzung des Clouth-Geländes durch Künstler war ursprünglich anders angedacht und ist politisch und kulturpolitisch gescheitert.

Sie fragt:

1. Warum können aktuell nur 4 von 10 Ateliers vermietet werden? Liegt dies am Vertrag, am Preis, an der Raumaufteilung, am Ausbaustandard, an der Größe?
2. Nach ihrer Kenntnis müssen die Mieter Einbauten in den Ateliers selbst veranlassen und bezahlen. Was passiert damit nach Ende der 5jährigen Mietzeit?
3. Die Einbauten in den bislang noch nicht vermieteten Räumen – wurden diese über den Ateliarausbau-Etat finanziert?
4. Die Vorlage erwähnt einen Haushaltsvorbehalt. Sind die Mietzuschüsse entsprechende priorisiert, damit eine Gewährung bis 2024 auch sicher gestellt ist?
5. Ist der Beschluss nicht insofern umzuformulieren, dass direkt für das Doppelhaushaltsjahr 2020/2021 beschlossen werden kann?

Herr Tautkus unterstreicht, dass die ursprünglichen Pläne zur Nutzung des Clouth-Geländes durch Künstler einmal andere waren. Der Investor hatte zugesagt, ein Atelierhaus zu errichten. Dies ist insofern aufgeweicht, als dass darin teilweise auch – höherpreisige - Wohnungen entstanden sind. Die Atelierbindung sei auch viel zu kurz – danach können die Ateliers als Wohnungen vermietet werden. Hinzu kommt, dass die Laufzeit bereits mit Baubeginn anfing. Was passiert, wenn sich für die noch freien Ateliers keine förderfähigen Künstler finden? Fallen diese dann zur Vermarktung an den Investor zurück?

Frau Foerster antwortet, dass tatsächlich der Preis das entscheidende Argument für die schlechte Nachfrage ist. Es handelt sich um Wohnateliers – aber es gibt auch Künstler, die an einer Wohnnutzung nicht interessiert sind, sondern nur einen Raum zum Arbeiten suchen. Dafür ist dann der Preis in Relation zu hoch. Der Mietzuschuss für Ateliers ist nicht auf sehr günstige Räume beschränkt – der Deckel ist der Mietpiegel des jeweiligen Viertels.

Die Einbauten für beispielsweise Lager, Böden entsprechend ihrer besonderen Bedürfnisse müssen die Künstler selbst vornehmen. Einbauten können bezuschusst werden – natürlich nur für vergebene Ateliers.

Auch Frau Foerster ist der Meinung, dass die Entwicklung des Clouth-Geländes hinsichtlich künstlerischer Nutzung anders hätte laufen müssen. Hier gab es jedoch Versäumnisse der Politik bei der Übergabe des Geländes an „moderne stadt“. Zukünftig muss hier anders agiert werden - bereits bei der Übergabe an den Investor müssen die Preise limitiert werden.

Für Clouth bedeutet das dennoch, dass seitens Kulturamt das Bestreben besteht, so viele Ateliers wie möglich zu nutzen. Künstler die Interesse haben, können einen Antrag auf Mietzuschuss stellen.

Frau Dr. Bürgermeister fragt nach, was passiert, wenn die Ateliers nicht besetzt werden können.

Frau Foerster: Dann kann der Investor selbst vermieten. „Atelierhaus“ ist kein bindender Begriff – Der Investor kann auch an andere Gewerbenutzer vermieten.

Frau van Deuven fragt, ob auch die Sanitäreinbauten von den Nutzern zu leisten sind? Und ob tatsächlich nur für die bislang vermieteten Ateliers Gelder des Atelierausbau-Etats genutzt wurden?

Frau Foerster: Nur für genutzte Ateliers gab es Ausbau-Gelder. Für die Sanitäreinbauten flossen Bauzuschüsse an den Vermieter. Die Zuschüsse für Küche und Sanitär können beantragt werden, wenn die Räume für mindestens 5 Jahre der künstlerischen Nutzung zur Verfügung stehen. Hier gelten für Clouth die gleichen Kriterien wie für alle anderen Antragsteller.

Herr Professor Schäfer ist irritiert, dass die Nutzungsbindung nur für 5 und nicht für 10 Jahre gilt. Wie ist das Kosten-Zeit-Verhältnis?

Laut **Frau Foerster** sind die Zuschüsse nicht so hoch und amortisieren sich nach 5 Jahren. Das Prozedere sei mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt. Die Zuschussung pro Atelier ist meist nicht höher als 1.000 €.

Frau von Bülow weist wie Frau van Duiven auch darauf hin, dass der Beschluss für die Jahre 2020/2021 gemäß des Doppelhaushalts gefasst werden sollte.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt **geändert** zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2020/2021 - im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2020/2021 im Bereich der Bildenden Kunst nachfolgende Mietzuschüsse zu gewährleisten:

Zuschuss Herrn Fabian Bohmann (Malerei, Bildhauerei)	1.800 Euro
Zuschuss Herrn Philipp Böll (Bildende Kunst, Fotografie)	1.800 Euro
Zuschuss Frau Lea Letzel (Performance, Installation)	1.620 Euro
Zuschuss Herrn Benjamin Ramirez Perez (Medienkunst)	1.620 Euro

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2024 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 zurückgestellt: Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln

**4.7 Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung, hier: Figurentheaterfestival am Händeschen-Theater im Jahr 2020
4299/2019**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme „Figurentheaterfestival am Händeschen-Theater im Jahr 2020“ aus der Kulturentwicklungsplanung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.8 Entwicklung und Renovierung Volkhovener Weg 209 - 211 als Atelierstandort
4387/2019**

Frau von Bülow hat eine Nachfrage zur Simultanhalle. Diese sei laut Vorlage aktuell nicht Teil der Planungen. Wie sieht das langfristig aus?

Wann kann das Vorhaben von der Gebäudewirtschaft realisiert werden? Diese habe bekanntermaßen knappe Kapazitäten. Werde ein Vorhaben jedoch über ein Dezernat angemeldet, erfolge die Priorisierung der Projekte durch das jeweilige Dezernat. Aus dem Ausschuss Gebäudewirtschaft gab es auf Nachfrage die Auskunft, dass das Projekt dort noch nicht angemeldet sei. Sie bittet um entsprechende Anmeldung und hohe Priorisierung.

Frau Foerster: Die Simultanhalle wird seit vielen Jahren vom Förderverein Simultanhalle Köln-Volkhoven e.V. erfolgreich betrieben. Ein Beschluss der Bezirksvertretung besagt, dass auf dem Gelände Volkhovener Weg 209-211 weiterhin eine Ausstellungshalle bleiben soll. Dies ist auch das Bestreben der Verwaltung.

Die Vorlage zeigt Vorschläge auf für die Realisierung weitere Atelierräume unter Ver-
ausgabung der für die Schaffung neuer Atelierflächen und Proberäume budgetierten
Gelder.

Im Rahmen der Konzeptvergabe soll dann jedoch auch die Frage „Was passiert mit der Simultanhalle“ erörtert werden. Aus Sicht von Frau Foerster lässt die Entwicklung des Geländes auch hinsichtlich Preisgestaltung zu, dass eine temporäre Lösung für die Simultanhalle geprüft wird.

Die Konzeptvergabe wird im Ausschuss vorgestellt werden – die Simultanhalle wird dann eine Rolle spielen.

Frau Foerster übergibt an Frau Brans. Die Gebäudewirtschaft hat bei der Erstellung der Vorlage mitgewirkt. Insofern ist das Projekt dort auch bekannt.

Frau Brans berichtet, dass es noch keinen konkreten Auftrag gibt, da sich noch nicht auf eine mögliche Variante der Umsetzung verständigt wurde.

Die Prioritätenliste der Maßnahmen größer 1,5 Mio. € ist aktuell in Arbeit – in Abstimmung mit dem Kulturdezernat. Alle laufenden und alle dringlichen Maßnahmen sollen dort verzeichnet sein.

Herr Dr. Elster bittet um Erläuterung zur Anlage 1, Vorschlag 2, Spalte „Finanzielles Risiko“ – „Nach Schätzung durch 26 wird das zur Verfügung stehende Budget in Höhe von 1 Mio € für die Schaffung neuer Ateliers nicht ausreichend sein.“

Frau Brans: Nach Sichtung der Pläne und Einschätzung des Vorhabens wären die 1 Mio. € nur ausreichend für Schönheitsreparaturen an den bestehenden Gebäuden.

Frau Dr. Bürgermeister wirft ein, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung sich auf Vorschlag 4 der Anlage, Konzeptvergabe im Wege des Erbbaurechts, bezieht.

Herr Dr. Elster bittet um Vertagung. Die angesprochene Risikobewertung sieht er kritisch und möchte dies in der Fraktion noch einmal besprechen.

Frau Foerster erläutert, dass die Beschlussvorlage nur die Beauftragung eines Verfahrens beinhaltet. Die Favorisierung von Variante 4 stützt sich auf die Einschätzung, dass die Schaffung weiterer Ateliers nicht nur über städtisches Geld funktioniert. Es sind auch private Investitionen nötig. Durch die Konzeptvergabe in Erbpacht wäre dies gegeben. Die eigentliche Konzeptvergabe wird dem Ausschuss nochmals separat vorgelegt.

Frau von Bülow schließt sich dem Wunsch, die Vorlage zu vertagen, an. Sie sieht die Vergabe im Erbbaurecht kritisch. Ihrer Fraktion ist es wichtig, dass die Immobilie bei der Stadt Köln verbleibt.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.9 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Jahr 2020, hier: Maßnahmen der Stadtbibliothek 0012/2020

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtbibliothek mit der Umsetzung der folgenden Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung:

- Einrichtung eines Bib-Youtube-Studios „Köln zeigt sich“
- Netzausbau in der Stadtteilbibliothek Rodenkirchen
- Nutzung von digitalen mobilen Endgeräten in den Stadtteilbibliotheken im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung im Jahr 2020.

Im Haushalt 2020/2021 stehen Mittel für den Kulturentwicklungsplan zur Verfügung. Die drei Maßnahmen sollen mit insgesamt 70.000 € im Jahr 2020 aus diesem Budget finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.10 Betriebskostenzuschlag für den Verein 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.
0256/2020**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt – im Teilplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2020 bis 31. Dezember 2021 – dem Verein 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V. institutionelle Förderung in Höhe von jeweils 200.000 Euro pro Jahr zu gewährleisten für den Aufbau und Unterhalt einer Geschäftsstelle.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Sonderausstellungen

**5.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen 2020
0172/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Mittelverwendung für die in der Beschlussbegründung aufgeführten Ausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass eine Kostensteigerung oder Abweichung bei der Refinanzierung von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 €, dem Ausschuss für Kunst und Kultur zur Entscheidung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Annahme von Schenkungen

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Vervollständigung des einzigartigen Zyklus spätmittelalterlicher Gerechtigkeitsbilder des Rathauses durch den Ankauf des Gerechtigkeitsbilds „Das Schießen auf den toten Vater“ für das Kölnische Stadtmuseum 3344/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Tautkus fragt, ob der Kaufpreis für vermutliches Diebesgut angemessen ist.

Herr Troost antwortet, dass die Juristen dies geprüft haben. Der Diebstahl ist nur eine Mutmaßung – der Hergang des Verlustes ist nicht geklärt. Darüber hinaus wäre Diebstahl verjährt.

Die Frage war, ob die Stadt das Bild gern wieder in Besitz hätte. Aufgrund der hohen stadthistorischen Bedeutung war dies zu bejahen.

8.2 Vandalismusereignisse auf der Baustelle Eifelwall, Neubau Historisches Archiv und Rheinisches Bildarchiv 4179/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.3 Umsetzungsstand des Projektes Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe 4200/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.4 Energetische Gebäudeanalyse für das Museum für Ostasiatische Kunst (MOK) 4247/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Brunn fragt nach, welche Konsequenzen sich aus der Analyse ergeben.

Frau Brans: Bei Sanierung des Museums, würde man darauf zurückgreifen. Aktuell ist die Sanierung nicht priorisiert, wenngleich nötig.

8.5 Stadtbibliothek Köln Bericht 2019/2020 4385/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung und Präsentation von **Frau Dr. Vogt** zur Kenntnis.

Frau von Bülow übernimmt den Vorsitz bis zum Ende der öffentlichen Sitzung.

8.6 Vertragsabschluss zwischen der Stadt Köln und dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) zum Nutzungsvertrag MiQua 0224/2020

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**8.7 Gemeinsame Baumaßnahme in der Philharmonie und im Museum Ludwig
hier: Sachstand zur Erneuerung der Deckenaufbauten und Sanierung
Küchenbereich im Museum Ludwig
0259/2020**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Kulturbauten

**9.1 Sachbestandsbericht zum Projekt Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln (MiQua) - Stand 09.01.2020
0058/2020**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Brans: Leider gibt es zum vorangegangenen Bericht nicht viel Neues. Das Gewerk Stahlbau ist weiterhin problematisch. Am 29.01.2020 gibt es hierzu einen weiteren, letzten Klärungstermin.

Herr Professor Schäfer: Was passiert, wenn es keine Einigung gibt? Muss dann neu ausgeschrieben werden – was weitere Verzögerungen mit sich bringt? Gibt es Alternative Firmen?

Herr Dr. Wackerhagen verweist auf Seite 2 des Berichts, dass weitere 7 Gewerke ebenfalls neu ausgeschrieben werden müssen. Welche sind das?

Frau Brans: Man denkt hier an die zweitbietenden Firmen – mit denen würde man sprechen, wenn es zur Kündigung kommt. Sie sagt dem Ausschuss eine Zwischeninfo nach dem Gespräch am Folgetag und auch zu den weiteren wieder auszuschreibenden Gewerken zu.

**9.2 Sachstandsbericht Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv, Stand 16.01.2020
0197/2020**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Brans: Das Projekt befindet sich in der Endphase. Terminliche Risiken bedingen sich durch die Inbetriebnahme und die Probeläufe der Anlagen an sich. Die Terminbindung der Firmen ist aufgehoben – was zu nicht einschätzbaren zeitlichen Risiken führt. In Gesprächen wird versucht, eine Terminbindung wieder herzustellen. Die zeitlichen Verzögerungen führen wiederum zu Kostensteigerungen, die Firmen fordern einen oft unangemessen hohen finanziellen Ausgleich. Was wiederum Verhandlungen

bedingt. Aktuell ist man noch im Budget – durch ausreichende Puffer. Die Gebäudewirtschaft ist zuversichtlich, das Projekt im IV. Quartal abzuschließen.

9.3 Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek Köln - Stand: 23.01.2020 0247/2020

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Brans – Das Projekt befindet sich in Leistungsphase 3. Die Baugenehmigung liegt noch nicht vor. Der Abstimmungsbedarf ist enorm hoch. Die Pläne konnten aber an alle Fachingenieure verschickt werden – nach Rücklauf kann ein belastbarer Terminplan erstellt werden. Der geplante Baubeginn im II. Quartal 2020 kann sehr wahrscheinlich gehalten werden.

Frau von Bülow schließt diesen Tagesordnungspunkt. Sie fragt Frau Brans nach der bereits mehrfach angeforderten Liste aller Kulturbauten – einer Status-Liste aller laufenden Kultur-Baumaßnahmen.

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

10.2 Mündliche Anfrage von Frau von Bülow im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019 - zu 2184/2019, hier: Sachstandsbericht zur Sanierung Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst 4438/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

10.3 Mündliche Anfrage von Frau von Bülow im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019 zu 2184/2019, hier: Sachstandsbericht zum Nutzungskonzept Hallen Kalk, Hallen 76 und 77 4440/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Nachfrage von **Frau von Bülow**: In der Antwort steht, dass Halle 77 für kulturelle Bildung vorgesehen ist. Sind die Hallen 76 und 77 nicht beide vom Museum Ludwig?

Frau Laugwitz-Aulbach antwortet, dass nur die Halle 76 dem Museum Ludwig vertraglich zugesagt ist.

10.4 Mündliche Anfrage von Frau von Bülow im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019 zu 2184/2019, hier: Sachstandsbericht zur Sanierung Overstolzensaal im Museum für Angewandte Kunst 4437/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

10.5 Beantwortung der schriftlichen Anfrage AN/1572/2019 der SPD Fraktion im Ausschuss Kunst und Kultur vom 26.11.2019: Inklusion in der Kultur stärker in den Fokus nehmen 0043/2020

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

10.6 Beantwortung einer Nachfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen (Frau von Bülow) zu TOP 8.1 - Berichtswesen - aus der Sitzung des KuK am 26.11.2019; hier: Kulturförderung und Verwaltungsreformprojekt / Reformprogramm 0157/2020

Beschluss:

Die Mitteilung wird in die nächste Sitzung geschoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Schriftliche Anfragen

11.1 Schriftl. Anfrage der Fraktion Die Linke: Ökologische Zukunftsfähigkeit von Kunst - und Kulturproduktionen, -stätten in Köln AN/0184/2020

12 Mündliche Anfragen

12.1

Herr Professor Schäfer erkundigt sich, ob es zutreffend ist, dass aktuell keine Instrumente zur Förderung von EU-Projekten vorhanden sind? Er bittet um eine perspektivische Betrachtung.

12.2

Herr Professor Schäfer hat eine Frage zur Bewilligungspraxis der Verwaltung. Zum Beispiel hat der Rat im November 2018 zugunsten von Raum 13 einen Betriebskostenzuschuss entschieden – die Bewilligung steht jedoch noch aus. Gibt es weitere Fälle, wo Bewilligungsverfahren so lange dauern und was sind hier die Gründe?

12.3

Frau Brunn bezieht sich darauf, dass der 2. Kulturförderplan des Landes NRW herausgegeben wurde. Welche Möglichkeiten oder auch Schwierigkeiten ergeben sich daraus für die Stadt Köln?

Frau Laugwitz-Aulbach kündigt eine schriftliche Beantwortung an. Sie berichtet vorab, dass beim Programm „Neue Wege“ Projekte eingereicht werden, um Fördermittel zu beantragen. Und auch für TanzPakt wird man aktiv werden.

12.4

Herr Tautkus: Die Kulturverwaltung hat die Möglichkeit, Freien Kulturschaffenden zu bescheinigen, dass sie öffentliche kulturelle Leistungen erbringen. Mit dieser Bescheinigung können sie sich von der Vergnügungssteuer befreien lassen. Wird dieses Instrument genutzt? Von wem?

Frau Foerster: Von der Vergnügungssteuer ist befreit, wer eine Subventionierung = Öffentliche Förderung erhält. Mit einem Förderbescheid, der besagt, dass man öffentliche Gelder bekommt, erfüllt man die Voraussetzungen. Ebenso kann ein Letter of Intent beantragt werden, der besagt, dass das Projekt besonders wichtig ist – als Empfehlung für weitere Förderer. Dies geht jedoch nur für geförderte Projekte.

12.5

Frau von Bülow möchte wissen, ob es zur Kick-off-Veranstaltung zur Schaffung von Atelierräumen bereits Informationen / einen aktuellen Stand gibt.

Frau Foerster verweist auf den geschobenen Tagesordnungspunkt 10.6. – diese Mitteilung beinhaltet dies.

12.6

Frau von Bülow fragt nach, was aus der Idee geworden ist, Wohncontainer als Atelierräume zu nutzen.

Frau Foerster: Es gibt Interessenten und es wird gerade geprüft, inwieweit die Umsetzung finanziell sinnvoll ist. Die Kosten für die Umsetzung der Container sind erheblich ebenso für die spätere Entsorgung. Letzteres ist sogar schwerwiegender, da die Container voraussichtlich nicht mehr allzu lange halten.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau von Bülow schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Kerstin Maida
(Schriftführerin)